



**! Neue Broschüre !**

**DVSG-Fallgruppen für die Sozialarbeit im Gesundheitswesen**

**! Jetzt bestellen !**

**DVSG-  
Bundesgeschäftsstelle  
Tel.: 0 61 31 / 22 24 22  
Fax: 0 61 31 / 22 24 58  
birgit.sonntag@dvsg.org**

**DVSG-Mitglieder 12,50 Euro  
Nichtmitglieder 20,00 Euro**

Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.

NEWSLETTER

**FORUM sozialarbeit + gesundheit 3/2006 erscheint am 1. Juli**

Die nächste Ausgabe der Fachzeitschrift **FORUM sozialarbeit + gesundheit** hat den Themenschwerpunkt „Suchtberatung und Suchthilfe“.

Wie sieht es derzeit in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Suchtarbeit aus? Was gibt es vor Ort, welche Probleme, welche Konzepte? Was ist das Spezifische an der Sucht im Alter und was mit Kindern aus suchtbelasteten Familien? Diese und weitere Fragen greift das FORUM sozialarbeit + gesundheit 3/2006 auf.

Vorgestellt wird eine Studie, die die Einstellung professioneller Suchtberater zu Drogen untersucht hat. Welche Lösungsansätze zur Suchtbekämpfung sehen sie und braucht man eigene Suchterfahrungen, um ein guter Suchtberater zu sein?

Und dann ist da noch die Frage, die sich wohl jeder Alkoholgefährdete oder -kranke stellt: „Kann ich wirklich nie mehr Alkohol trinken und

einfach aufhören, wenn es genug ist?“ Hier wird das Konzept „Kontrolliertes Trinken“ beschrieben, das in der Fachwelt kontrovers diskutiert wird.

Daneben wird eine für Sozialdienste im Gesundheitswesen wichtige Entwicklung dokumentiert. Die Rehabilitationsträger haben eine neue Gemeinsame Empfehlung nach dem SGB IX verabschiedet; die neue Ausgabe der DVSG-Fachzeitschrift enthält den Wortlaut der Gemeinsamen Empfehlung „Sozialdienste“.

Das FORUM sozialarbeit + gesundheit 3/2006 erscheint am 01. Juli. Das Jahresabonnement kostet 40 € Einzelhefte 10 € Die Fachzeitschrift enthält jeweils eine 12seitige wissenschaftliche Beilage zur Klinischen Sozialarbeit.

Jahresabos oder Einzelhefte können bei der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden.

Tel: 06131 / 222422, [birgit.sonntag@dvsg.org](mailto:birgit.sonntag@dvsg.org)

**Ambulante Rehabilitation – Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven**

Die AG Baden-Nord veranstaltet am 05. Juli in Karlsruhe einen Fortbildungstag zum Thema Ambulante Rehabilitation - Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. „Ambulant vor stationär“ dieser Grundsatz spielt bei der Bewilligung von Rehabilitationsmaßnahmen eine immer größere Rolle. Ist eine ambulante Rehabilitation bei gleicher Wirksamkeit tatsächlich kostengünstiger als eine stationäre Maßnahme? Welche Vor- und Nachteile bringt eine ambulante Maßnahme für die Patienten? Welche Angebote können in diesem Rahmen gemacht werden?

Am Beispiel des Ambulanten Zentrums für Rehabilitation sollen Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven Ambulanter Rehabilitation erörtert werden.

**Ansprechpartner:**

Jürgen Walther, Kliniksozialdienst, Chirurgische Universitätsklinik, Im Neuenheimer Feld 110, 69120 Heidelberg, Tel 06221/56-27 17, Fax 06221/56-33 876, Email: [agbaden-nord@dvsg.org](mailto:agbaden-nord@dvsg.org)

Dargestellt und diskutiert werden das Leistungsangebot, die Kooperationsmöglichkeiten in einer ambulanten Rehabilitationseinrichtung sowie deren Bewertung aus der Sicht des Patienten, des Leistungsanbieters und eines Kostenträgers. Wei-

terhin sind Beiträge aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation und von Vertretern aus der klinischen Sozialarbeit im Rahmen der ambulanten und stationären medizinischen Rehabilitation vorgesehen.

Neben einer Fallpräsentation sind Impulsreferate zu den Themen „Entwicklungslinien, Tendenzen in der medizinischen Rehabilitation“ und „Psychosoziale Beratung in der medizinischen Rehabilitation“ vorgesehen. Weiterhin werden Konzepte Ambulanter Rehabilitation und die Verzahnung medizinischer und beruflicher Rehabilitation im AZR vorgestellt. Nach einer Führung durch das AZR findet für DVSG-Mitglieder ein Regionaltreffen der AG Baden-Nord statt.

Anmeldung sind bis 21.06.2006 erbeten. Ausführliches Programm unter [www.dvsg.org](http://www.dvsg.org), Rubrik Veranstaltungen

**Landeskongress: Sozialarbeit – Der integrierende Faktor**

Die Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen veranstaltet am 24. und 25. Oktober in Hamm einen Landeskongress zum Thema „Sozialarbeit – Der integrierende Faktor“. Als Themenschwerpunkte sind derzeit vorgesehen:

- Ethik/Medizinethik
- Gesundheitssysteme im Vergleich (Schweiz, Belgien, Niederlande)
- Integrierte Versorgung in der Praxis der Sozialarbeit
- Soziale Diagnose – Chance für die Sozialarbeit im Gesundheitswesen

Programm und Anmeldung werden in Kürze unter [www.dvsg.org](http://www.dvsg.org), Rubrik Veranstaltungen, zu finden sein.

**Ansprechpartner:**

Stefan Fromm,  
Krankenhaussozialdienst am  
St. Johannes –Hospital  
An der Abtei 7-11, 47166 Duisburg  
Tel.: 0203 / 546-2370  
Fax: 0203 / 546-2369  
Email: [agrheinland-nord@dvsg.org](mailto:agrheinland-nord@dvsg.org)

## ICF-Praxisleitfaden

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) hat einen trägerübergreifenden Leitfaden für die praktische Anwendung der ICF (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit) beim Zugang zur Rehabilitation erarbeitet.

Der ICF-Praxisleitfaden soll einen Beitrag dazu leisten, mit der ICF als Modell vertraut zu machen und ihre Bedeutung zu vermitteln. Er richtet sich in erster Linie an Ärzte, aber auch an alle Berufsgruppen, die an der Indikationsstellung und der Erbringung von Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen beteiligt sind.

Anhand eines komplexen Fallbeispiels wird vermittelt, wie anamnestische Daten und klinische Befunde mit den Begrifflichkeiten der ICF korrelieren. Das konkrete Anwendungsbeispiel macht auch den An-

satz der ICF für die interdisziplinäre Zusammenarbeit deutlich. Durch die Praxisorientierung des Leitfadens sollen möglichst viele weitere am Rehabilitationsprozess beteiligten Professionen erreicht werden. Die Vermittlung der ICF soll nicht zuletzt auch bei den betroffenen Menschen selbst ein bio-psycho-soziales Verständnis der Rehabilitation fördern.

Der ICF-Praxisleitfaden kann als Broschüre zum Preis von 0,60 Euro zzgl. MwSt. bestellt werden oder kostenlos von den Internetseiten der BAR heruntergeladen werden.

Weitere Informationen:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR)  
Walter-Kolb-Straße 9-11  
60594 Frankfurt/Main  
Tel.: 069/6050180  
Fax: 069/60501829  
Email: [info@bar-frankfurt.de](mailto:info@bar-frankfurt.de)  
Internet: [www.bar-frankfurt.de](http://www.bar-frankfurt.de)

## Aktuelles Krankenhausverzeichnis

Das Statistische Bundesamt hat im Mai ein aktualisiertes „Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland“ mit Stand 31.12.2004 veröffentlicht.

Das Verzeichnis enthält Informationen zu Name und Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail- und Internetadresse der Einrichtungen, Name und Art des Trägers sowie Anzahl der aufgestellten Betten nach Fachabteilungen (bei Krankenhäusern zusätzlich Anzahl der Tages- und Nachtambulanzplätze). Diese Informationen basieren auf den Meldungen zur amtlichen Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2004. Das Dateiformat Excel ermöglicht den Nutzern eine vielfältige, auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Recherche auf dem Gebiet der stationären Gesundheitsversorgung.

Als Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann das Krankenhausverzeichnis zum Preis von 49,- Euro als Download über den Online-Shop des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)), über das Statistik-Portal ([www.statistik-portal.de/Statistik-portal/publ.asp#Verzeichnisse](http://www.statistik-portal.de/Statistik-portal/publ.asp#Verzeichnisse)) oder direkt über die Internetangebote der Statistischen Ämter der Länder bezogen werden.

## 4. Niedersächsischer Präventionsmarkt – Bundesweite Fachtagung

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt NetzwerG der Universität Lüneburg veranstaltet am 21. und 22. September den 4. Niedersächsischen Präventionsmarkt, der ein Teil des Präventions- und Integrationsprogrammes in Niedersachsen ist. Dieses Programm besteht aus 47 Grund- und 30 Schwerpunktbausteinen und beschäftigt sich seit 2001 schwerpunktmäßig mit der verbesserten Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Im Rahmen der Grundbausteine wurden in den Landkreisen und kreisfreien Städten sozialpädagogische Fachkräfte eingestellt, die Präventions- und Integrationsprojekte initiieren und durchführen. So wird jeweils eine abge-

stimmte und zielgruppenorientierte Bündelung der örtlichen Maßnahmen erreicht.

Die Tagung soll eine Bilanz dieses niedersächsischen Ansatzes ziehen, Erfolge aufzeigen und auch Erfahrungen aus anderen Ländern und Bundesländern darstellen.

Ziel des Marktes ist es, den fachlichen Austausch derjenigen voranzutreiben, die an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe präventive Arbeit leisten.

Neben einer Reihe von Fachvorträgen ist eine begleitende Ausstellung geplant sowie die Vorstellung von 22 Best-Practice-Beispielen.

Anmeldeschluss für die Veranstaltung ist der 7. Juli. Anmeldungen werden möglichst online erbeten.

Programm und weitere Informationen:

Sanne Masche, Friederike Reimann  
Universität Lüneburg  
Fakultät I Bildungs-, Kultur- und Sozialwissenschaften  
Rotenbleicher Weg 67, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131 / 677-7853  
Fax: 04131 / 677-7955  
Email: [masche@uni-lueneburg.de](mailto:masche@uni-lueneburg.de)  
Internet: [netzwerk-web.de](http://netzwerk-web.de)

## Risiken beim Einsatz osteuropäische Arbeitskräfte in der Pflege

Zwar können die Leistungen ambulanter Pflegedienste über die Pflegeversicherung finanziert werden, wegen der Leistungsbeschränkungen greifen aber viele Angehörige, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, zur Betreuung und hauswirtschaftlichen Versorgung älterer Menschen zunehmend auf „Billigkräfte“ aus den osteuropäischen Staaten zurück. Dies hat zwischenzeitlich zu kaum noch überschaubaren Angeboten

an Pflegekräften und Diensten aus osteuropäischen EU-Staaten geführt. Viele Sozialdienste sind mittlerweile häufig mit entsprechenden Fragestellungen konfrontiert.

Das Saarländische Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales hat ein Faltblatt herausgegeben, das über die Risiken beim Einsatz osteuropäischer Arbeitskräfte in der Pflege informiert und Aufschluss über

die im Wesentlichen zu beachtenden ausländerechtlichen sowie steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften gibt.

Das Faltblatt ist erhältlich beim Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, Franz-Josef-Röder-Straße 23, 66119 Saarbrücken, Email: [presse@justiz-soziales.saarland.de](mailto:presse@justiz-soziales.saarland.de)

## Soziotherapie-Angebot für psychisch kranke Menschen soll verbessert werden

**Die Soziotherapie als Angebot für psychisch kranke Patienten soll als Leistung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) künftig besser verfügbar sein. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat jetzt hierzu entschieden, eine breit angelegte Befragung als Grundlage für eine mögliche Richtlinien-Änderung durchzuführen.**

Es soll ermittelt werden, welche Schwierigkeiten der Inanspruchnahme von Soziotherapie entgegenstehen und warum diese Leistung bisher kaum angeboten wird. Hierzu wird der G-BA einen Fragenkatalog veröffentlichen.

Schwer und chronisch psychisch Kranke sind aufgrund ihrer Krankheit häufig nicht in der Lage, bestehende Behandlungs- und Hilfsangebote selbständig in Anspruch zu nehmen. Wiederholte, kostenintensive

Krankenhausaufnahmen sind die Folge, die aber vermieden werden könnten, wenn ein bedarfsorientiertes ambulantes Behandlungs- und Rehabilitationsangebot zur Verfügung stünde. Die Soziotherapie soll hier Abhilfe schaffen, indem die Patienten durch Motivation und strukturierte Trainingsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Leistungen zu akzeptieren und selbstständig in Anspruch zu nehmen. Die Soziotherapie wird ärztlich verordnet und von Sozialpädagogen oder Psychiatriepflegern erbracht und bietet koordinierende und begleitende Unterstützung und Handlungsanleitung für schwer psychisch Kranke auf der Grundlage von definierten Therapiezielen.

Im Anschluss an eine Erfolg versprechende Studie der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen aus den Jahren 1995 bis 1998 wurde die ambulante Soziotherapie

mit dem Gesundheitsreformgesetz 2000 im Sozialgesetzbuch verankert. Die Soziotherapie-Richtlinien traten am 1. Januar 2002 in Kraft. Sie regeln Voraussetzungen, Art und Umfang der Versorgung mit Soziotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung.

Der G-BA reagiert mit seinem nun gefassten Beschluss zur verstärkten Umsetzung der Soziotherapie auf Defizite in der Versorgung. So weist der im Auftrag des BMG von der Aktion Psychisch Kranke e.V. vorgelegte Bericht „Evaluation der Umsetzung des § 37a SGB V (Soziotherapie)“ auf eine noch geringe Versorgungsdichte hin. Dem Bericht zu Folge gibt es bisher nur wenige soziotherapeutische Leistungserbringer und die geringe Höhe der Aufwendungen für Soziotherapie deuten darauf hin, dass in vielen Bundesländern die Versorgung mit Soziotherapie noch kaum realisiert ist.

## Selbsthilfepreis 2006 – Gemeinsam mit anderen Vieles erreichen

Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. hat mit seinen Mitgliedsorganisationen im Rahmen der Initiative „ICH BIN WIR. Gemeinsam stark mit Behinderung“ den Selbsthilfepreis 2006 ins Leben gerufen, der mit 6.000 Euro dotiert ist. Mit diesem Preis werden erstmals Aktivitäten oder Vorhaben ausgezeichnet, die von Menschen mit Behinderung, Eltern behinderter Kinder oder in der Selbsthilfearbeit Engagierten entwickelt oder durchgeführt werden.

Der Bundesverband möchte damit das ehrenamtliche Engagement würdigen und fördern, gute Praxisbeispiele aufzeigen und anderen Mut machen, für die eigene Sache aktiv zu werden. Angesprochen sind, neben Gruppen, Initiativen und Vereinen des Bundesverbandes, unabhängige Aktive, in de-

ren Projekten das Prinzip von gegenseitiger Hilfe, Unterstützung und die gemeinsame Umsetzung von Projekten im Vordergrund stehen.

Bewerben können sich Interessierte mit einem bereits umgesetzten oder laufenden Projekt, einer neuen Idee, einem Projekt, das weiterentwickelt oder fortgeführt werden soll oder einer Aktion, einem Angebot oder einer Veranstaltung, die ohne eine finanzielle Unterstützung nicht stattfinden kann.

Das könnte zum Beispiel sein: eine besondere Freizeitaktivität für Menschen mit Behinderung oder ein neues Angebot, die Organisation eines Festes, der Aufbau einer neuen Gruppe, eine neue Rampe in einem öffentlichen Gebäude, eine Plakataktion und vieles mehr. Gefragt sind konkret um-

setzbare und/oder nachahmenswerte Beispiele.

Die Bewerbungen müssen bis zum 1. September schriftlich eingereicht werden beim: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Silke Martmann-Sprenger, Brehmstr. 5-7, Tel.: 0211/ 64004-12, Fax: 0211/64004-20. Die Initiative ICH BIN WIR wird von verschiedenen Elementen getragen: Beratung, Arbeitshilfen, regionale Treffen und Tagungen. Verschiedene Aktionsmittel unterstützen die beteiligten Gruppen, Initiativen und Vereine dabei auf sich aufmerksam zu machen und Eltern behinderter Kinder und Menschen mit Behinderung zum Mitmachen zu bewegen. Alle Informationen zur Initiative ICH BIN WIR sowie die Ausschreibungsunterlagen zum Preis unter: [www.initiative-ichbinwir.de](http://www.initiative-ichbinwir.de).

## 2004: Fast 40.000 Menschen starben an Lungenkrebs

Wie das Statistische Bundesamt zum Welt-nichtrauchertag am 31. Mai mitteilt, starben im Jahr 2004 in Deutschland 41.342 Personen an Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten gebracht werden können. Neben Lungenkrebs (39.798 Sterbefälle) werden auch Kehlkopfkrebs (1.496 Sterbefälle) und Luftröhrenkrebs (48 Sterbefälle) zu den Folgeerkrankungen des Rauchens gezählt. Insgesamt waren im Jahr 2004 gut 5% aller Sterbefälle auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung zurückzuführen. Auffällig ist, dass an den genannten Todesursa-

chen knapp dreimal mehr Männer als Frauen starben.

Im Vergleich zum Jahr 1984 ist ein Anstieg dieser Todesursachen zu erkennen. Vor 22 Jahren gingen mit 33.589 Personen knapp 4% aller Sterbefälle auf die oben genannten Krankheiten zurück.

Allein der Lungenkrebs stellte 2004 in Deutschland die vierthäufigste Todesursache dar. Mit 28.786 Todesfällen im Jahr 2004 war er bei den Männern sogar die dritthäufigste Todesursache. War Lungenkrebs im Jahr 2002 noch die zehnthäufigste

Todesursache bei Frauen gewesen, so belegte er 2004 Platz 7. In Deutschland starben somit 48 von 100.000 Einwohnern an Lungenkrebs (Männer: 71 je 100.000, Frauen: 26 je 100.000).

Das durchschnittliche Alter der an Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs Gestorbenen lag 2004 bei 69 Jahren. Bei Berücksichtigung aller Todesursachen sterben die Menschen in Deutschland durchschnittlich im Alter von 76 Jahren, somit versterben Personen mit für Raucher symptomatischen Erkrankungen durchschnittlich sieben Jahre früher.



**DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR  
SOZIALARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN E.V**

Kaiserstraße 42  
55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31 / 22 24 22  
Telefax: 0 61 31 / 22 24 58

Redaktion:  
Ingo Müller-Baron (verantwortlich)  
Hans Nau  
Ulla Seelhorst-Köhler

Email: [redaktion@dvsg.org](mailto:redaktion@dvsg.org)

**Besuchen Sie uns auch im  
Internet!**

## Tagung: Ökonomie und Sozialarbeit

Die Landesarbeitsgemeinschaft Baden Württemberg veranstaltet am 21. November ihre 17. Fortbildungstagung zum Thema „Ökonomie und Sozialarbeit — Eine Herausforderung für die berufliche Ethik?“ Das Gesundheitswesen in Deutschland ist zunehmend geprägt von Bemühungen, Kosten zu senken. Von diesen Sparzwängen ist natürlich auch die Sozialarbeit im Gesundheitswesen betroffen.

Liegt in den Konzepten der Ökonomisierung eine Chance, eine neue Rolle für die Sozialarbeit? Bekommt der Berufsstand die Chance, auch selbst mit zu gestalten, Einfluss zu nehmen auf die Strukturen? Oder besteht sogar die Gefahr, dass die grundlegenden berufsethischen Prinzipien verraten und die Klienten im Stich gelassen werden?

Die Tagung soll diesen Fragen Raum geben und die Thematik in ihrer Widersprüchlichkeit und Spannung mit Referenten und den Teilnehmern diskutieren. Am

Vormittag stehen zwei Vorträge auf dem Programm. Prof. Dr. Hubert Oppl referiert zum Thema „Mehr Menschlichkeit durch Ökonomie“ und Prof. Dr. Reiner Marquardt über „Ökonomisierung als Beziehungsverlust“.

Am Nachmittag soll die Thematik vertieft und in Bezug zur Praxis gesetzt werden. Hierzu finden vier Workshops statt:

- OPS, DRG und DVSG-Fallgruppen – welchen Preis hat Soziale Arbeit?
- Ökonomisierung und Berufsethos
- KTL 2006 – Konsequenzen für die Soziale Arbeit in Rehabilitationskliniken

Ansprechpartnerin:

Jutta Leismann, Bürgerhospital, 70191  
Stuttgart, Tel.: 0711/253-2232, Fax:  
0711/253-2189, Email:  
[j.leismann@klinikum-stuttgart.de](mailto:j.leismann@klinikum-stuttgart.de)

[www.dvsg.org](http://www.dvsg.org) Der Klick, der sich lohnt

## LEXsoft Sozialdienst Version 4.0 erscheint voraussichtlich Ende Juni

Die Software LEXsoft Sozialdienst wird nach Abschluss verschiedener Tests voraussichtlich Ende Juni in der Version 4.0 erscheinen. Die inhaltlichen Arbeiten am aktuellen Update stehen kurz vor der Fertigstellung.

Highlights der neuen Version sind unter anderem ein überarbeiteter Schriftsatz (Korrespondenz), eine Erweiterung der Statistik um neue Auswertungen, erweiterte

Systemeinstellungen, beispielsweise für wiederkehrende Erinnerungen an Wiederholungen oder die Möglichkeit Patientendaten zu importieren und abzugleichen.

Daneben wurden verschiedene Änderungen in Anlehnung an die letzte Softwarebewertung (siehe FORUM sozialarbeit + gesundheit 2/2006) und entsprechende Kundenwünsche vorgenommen. Warnhinweise bei bestimmten Aktionen, erweiterte Berechtigungsstrukturen, ein überarbeiteter Prozess der Patientenneuanlage, neue Felder und Bearbeitungsmöglichkeiten und vieles mehr.

Weiterhin teilte die LexisNexis Deutschland GmbH mit, dass in den nächsten Monaten eine vorbereitende Kundenumfrage durchgeführt werden soll, da mit dem Folgeupdate größere grafische Umstellungen geplant sind.

## Fachgespräch: Interkulturelle Konfliktlösungen im Gesundheitswesen

Die Organisation Donna Mobile — Mobile Gesundheitsberatung für Migrantinnen und ihre Familien lädt am 19. Juli in das Selbsthilfezentrum München zu einem Fachgespräch zum Thema „Erwartungen / Erfahrungen — Interkulturelle Konfliktlösungen im Gesundheitswesen“ ein.

Die wechselseitigen Erwartungen der Akteure im Gesundheitswesen decken sich oft nicht mit den gemachten Erfahrungen. So bestehen beispielsweise nach wie vor Hürden, die Migranten den Zugang zur gesundheitlichen Prävention, Beratung und Versorgung erschweren. Andererseits verbleibt den Professionellen

kaum die Zeit, in der alltäglichen Praxis Verständigung überhaupt erst herzustellen.

Sprachliche, kulturelle und rechtliche Barrieren sind solche Hindernisse und führen im Umgang miteinander zu unterschiedlichen Konfliktfeldern, unter anderem

- im Arzt-Patient-Verhältnis in Praxis und Krankenhaus
- im Versorgungssystem
- in Gesundheitseinrichtungen
- in Alten- und Pflegeeinrichtungen

Die Veranstaltung soll zum Dialog anregen, die im Spannungsfeld zwischen Er-

wartungen und gemachten Erfahrungen liegenden Konfliktfelder benennen und konkrete Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Das Fachgespräch versteht sich als Auftaktveranstaltung, der weitere folgen sollen.

Weitere Informationen:

Donna Mobile  
Landsbergerstraße 45 a, 80339 München  
Tel.: 089 / 505005  
Fax: 089 / 505099

Email: [info@donnamobile.org](mailto:info@donnamobile.org)  
Internet: [www.donnamobile.org](http://www.donnamobile.org)